

## Internationale Reaktionen zum Nationalkonvent

Die internationale Gemeinschaft reagierte mehrheitlich mit Kritik auf die ohne Beteiligung der wichtigsten Oppositionsgruppen begonnenen Verfassungsgespräche. Viele Stimmen äußerten ihren Unmut über den Mangel an gegenseitigem Entgegenkommen, der zu der nun fragwürdigen Legitimation des Nationalkonvents führte.

Nach UN-Generalsekretär Kofi Annan fehle dem Konvent mit der Nicht-Beteiligung der NLD jede Glaubwürdigkeit. Nur wenn alle Bevölkerungsgruppen und Parteien in freien Verhandlungen repräsentiert seien, könne er erfolgreich sein. Erneut forderte er die Militärregierung auf, Aung San Suu Kyi freizulassen und sie an den Gesprächen zu beteiligen. Annan drängte zugleich auf eine stärkere Einflussnahme in diese Richtung durch die südostasiatischen Staaten. Der UN-Sondergesandte Razali Ismail kündigte an, diesbezüglich in Gespräche mit den ASEAN-Mitgliedern sowie China und Indien einzutreten. Die UN seien weiterhin bereit, eine

führende Rolle im Versöhnungsprozess zu übernehmen.

US-Präsident Bush nannte Burma eine außerordentliche Bedrohung für die nationale Sicherheit. Das Land stehe den US-Interessen entgegen. Dabei verwies er auf die umfassenden Repressionen gegenüber der demokratischen Opposition und erklärte, die bestehenden Sanktionen würden weiter aufrechterhalten. Die EU reagierte mit einer gemeinsamen Erklärung des Europäischen Rates auf die Eröffnung des Nationalkonvents. Darin wird die Besorgnis und tiefe Enttäuschung über die anhaltende Inhaftierung Aung San Suu Kyis trotz gegenteiliger Versicherungen festgestellt. Ebenso wird dem Bedauern Ausdruck verliehen, dass die burmesische Regierung nicht für Bedingungen gesorgt hätte, die der NLD eine Teilnahme erlaubt hätten. Damit sei die Gelegenheit zur Aussöhnung und zur friedlichen Einleitung eines Demokratisierungsprozesses vertan worden. Die EU sehe sich weiterhin verpflichtet — auch in Zusammenarbeit mit

anderen asiatischen Ländern — zu einem demokratischen Wandel beizutragen und die burmesische Bevölkerung humanitär zu unterstützen.

Der thailändische Ministerpräsident Thaksin Shinawatra warnte in ungewöhnlich scharfen Worten die burmesische Regierung, ihr Ruf könne leiden, würden die Gespräche des Nationalkonvents ohne Beteiligung der NLD fortgesetzt. Zudem zeigte er sich unzufrieden über die mangelnden Fortschritte hin zu mehr Demokratie. Seine Erwartungen hinsichtlich der Beteiligung aller bedeutenden Parteien sowie Aung San Suu Kyis seien enttäuscht worden. Er beauftragte seinen Außenminister, in Erfahrung zu bringen, welche Absichten hinter der Vorgehensweise der SPDC stecken. Damit war Thaksin Shinawatra der erste südostasiatische Staatsführer, der sich öffentlich zum Stand des Nationalkonvents äußerte.

Das russische Außenministerium ließ dagegen über sein Presseamt vermelden, dass die Eröffnung des Nationalkon-

# nachrichten

vents unter Beteiligung verschiedener politischer Kräfte und nationaler Minderheiten einen wichtigen Schritt hin zur nationalen Aussöhnung und zu demokratischen Reformen bedeuten würde. Es zeigte sich überzeugt, die Gespräche würden erfolgreich zu einer neuen Verfassung führen, in der sich alle Interessen vertreten sähen. Bedauern über den Boykott der NLD wurde ebenfalls zu Ausdruck gebracht.

vgl. *Burma-Nachrichten:*

*Bloomberg* 18.5.04; *International Herald Tribune* 18.5.04; *The Star* 18.5.04; *ABC Radio Australia News* 18.5.04; *Reuters* 18.5.04; *BBC News* 18.5.04; *Novosti* 17.5.04

## EU-ASEM-Differenzen

Der Europäischen Union und den asiatischen Außenministern ist es nicht gelungen, ihre Differenzen in der Frage zu überbrücken, wie mit dem Militärregime in Burma umzugehen sei. Während ihres Treffens in der irischen Stadt Kildare am 17. und 18. April 2004 würde eine Entscheidung darüber verschoben, ob man dem Land erlauben sollte, am Prozess der Asien-Europa Treffen (ASEM) teilzunehmen. Die asiatischen Länder sind der Meinung, dass Burma gemeinsam mit Kambodscha und Laos zu ASEM zugelassen werden sollte, wenn sich die EU am 1. Mai vergrößert. Anlässlich des Kildare ASEM Außenministertreffens versammelten sich die 15 EU Mitgliedsstaaten — ebenso wie die Europäische Kommission — und zehn asiatische Nationen: Brunei, China, Indonesien, Japan, Südkorea, Malaysia, die Philippinen,

Thailand, Singapur und Vietnam.

Das Vereinigte Königreich, Burmas frühere Kolonialmacht, und die Niederlande haben sehr darauf gedrängt, Burma wegen der Unterdrückung politischer Gegner durch die Junta und insbesondere wegen Suu Kyis Hausarrest bis auf weiteres aus ASEM herauszuhalten. In der EU ist bereits ein Waffenembargo für Burma in Kraft. Top-Mitglieder der Junta bekommen außerdem kein Visum und ihre Vermögen sind eingefroren.

Anlässlich des Meetings setzte die EU ihre Bedingungen für Burmas Beitritt zu ASEM fest. Diese beinhalten Suu Kyis Freilassung und die Teilnahme ihrer oppositionellen Nationalen Liga für Demokratie (NLD) an Gesprächen über eine neue Verfassung, die am 17. Mai begonnen hat »Ich habe dies noch einmal betont —

mit der Unterstützung von Großbritannien und Italien«, so der niederländische Außenminister Bernard Bot. »Die asiatischen Kollegen haben die Nachricht verstanden.«

Die asiatischen Außenminister stehen den Bedingungen jedoch kühl gegenüber. »Wir in Asien bleiben bei unserer Position, dass die drei Länder gemeinsam aufgenommen werden müssen«, sagte der thailändische Außenminister Sura-kiart Sathirathai. »Es sollte keine Forderungen geben, sondern gegenseitiges Verständnis.« Der stellvertretende japanische Außenminister Hitoshi Tanaka erklärte ebenfalls: »Etwas von außen aufzuerlegen, ist nicht die richtige Antwort.« Die asiatischen Minister forderten die EU auf, die Reformbemühungen der Junta stärker in Betracht zu ziehen. Doch die EU sagte, es sei zu früh zu beurteilen, ob das süd-

ostasiatische Land endlich auf den Pfad der Demokratie zurückgekehrt sei.

Nichtsdestotrotz forderten beide Seiten gemeinsam die Freilassung Aung San Suu Kyis. »Die Minister freuen sich auf die baldige Aufhebung der noch bestehenden Beschränkungen für Aung San Suu Kyi und die Nationale Liga für Demokratie«, hieß es in ihrer gemeinsamen Erklärung. »Die Minister stellen fest, dass die Mitglieder von ASEM bereit stehen, um die Regierung in ihren Bemühungen zu unterstützen, die nationale Versöhnung zu fördern.« Die Minister »verpflichten sich außerdem zu weiteren Bemühungen« der Vermittlung des UN Sondergesandten für Burma, Razali Ismail. Ismail rechnet mit Suu Kyis Freilassung »in den nächsten paar Tagen«.

vgl.: *European Report*, 21.4.2004

# nachrichten

## Rebellen der Karen, Shan und Chin ergeben sich

Nach Angaben der staatlichen Zeitung »The New Light of Myanmar« haben im vergangenen Februar und März insgesamt 54 Mitglieder einiger bewaffneter Anti-Regierungstruppen ihre Waffen niedergelegt. Die Rebellen, die mit der Regierung »Waffen gegen Frieden« eintauschten, umfassen Mitglieder der Kayin (Karen) Nationalunion (KNU), der Vereinigten Revolutionären Shan Armee (SURA) und der Chin Nationalarmee (CNA).

Sie brachten unter anderem 460 Waffen und Munition mit, hieß es in dem Bericht weiter. Die KNU ist die größte und älteste dieser bewaffneten Gruppen. Sie bekämpft verschiedene burmesische Regierungen seit über fünf Jahrzehnten. In der Zwischenzeit fanden im Februar erneute Friedensgespräche zwischen der Regierung und der KNU statt. Obwohl bisher noch kein formales Friedensabkommen erreicht wurde, wird erwartet, dass weitere Gespräche stattfinden werden. Offizielle Statistiken zeigen, dass bis jetzt 17 bewaffnete Anti-Regierungstruppen Waffenstillstandsabkommen mit der Regierung geschlossen haben, seit BurmaBurma 1989 eine »Politik der Aussöhnung« begonnen hat.

vgl.: Xinhua News Agency, 30.04.2004

## Nationalkonvent ohne Opposition

Der von der burmesischen Militärregierung angekündigte und organisierte Nationalkonvent zur Ausarbeitung einer Verfassung ist am 17. Mai 2004, eröffnet worden. Nach Angaben der Junta seien 1076 der 1088 (persönlich) Eingeladenen erschienen. Die wichtigsten Oppositions- und ethnischen Minderheitengruppen nahmen allerdings nicht teil. Die Nationale Liga für Demokratie (NLD) sprach sich vor Beginn der Versammlung für eine Absage aus, nachdem ihre zentralen Forderungen — insbesondere die Freilassung von Aung San Suu Kyi und Tin U — nicht erfüllt worden waren. Auch die Vorfestlegung des Ablaufs der Beratungen sowie von Verfassungsinhalten erschienen der NLD problematisch. Die Einwände der NLD wiederum erklärte die Regierung als unannehmbar. Die NLD kündigte an, das 1996 begründete Komitee zur Repräsentanz des (1990 gewählten aber nie zusammengetretenen) Parlaments wieder einzuberufen.

Nur wenig später vereinbarten acht Parteien ethnischer

Minderheiten, die bereits an den letzten freien Wahlen 1990 teilgenommen hatten und seit kurzem in der United Nationalities Alliance (UNA) vereinigt sind, nach mehrtägigen Gesprächen, ebenfalls auf ihre Teilnahme zu verzichten. Unter ihnen ist die Shan Nationalities League for Democracy (SNLD), die 1990 die zweitmeisten Parlamentssitze erhielt. Der Vorsitzende der SNLD begründete die Absage damit, man wisse, dass die eigenen Forderungen nicht erfüllt würden und sah sich darin Schulter an Schulter mit der NLD. Ministerpräsident Khin Nyunt traf zuvor mit Vertretern von 15 Waffenstillstandsgruppen zusammen. Sechs von ihnen, die Kachin Independence Organization (KIO), die New Mon State Party (NMSP), die Palaung State Liberation Army (PSLO), die Shan State National Army (SSNA), die Shan State Army (SSA) und die Kayah New Land Party (KNLP), drängten in einer gemeinsamen Stellungnahme auf Beratungen über die Nachbesserung oder Rücknahme eines von der Militärregierung im

Verfassungsentwurf festgelegten Prinzips und einer Reihe von Artikeln. Diese beziehen sich vor allem auf den zukünftigen Verfassungsstatus des Militärs und seine Entscheidungsbefugnisse. Die vorliegende Form wäre nicht in Übereinstimmung mit einem demokratischen System. Premierminister Khin Nyunt äußerte, er sei empört, dass dem Militär somit nahezu keine politische Rolle zugebilligt werden solle. Ausländischen Journalisten wurde unterdessen nicht erlaubt, dem Konvent beizuwohnen. Einheimischen Reportern wurde das Mitbringen von Computern, Mobiltelefonen oder anderen Aufzeichnungstechniken untersagt.

vgl. Burma-Nachrichten 19.5.04: The Scotsman, 17. 5. 04, Irrawaddy, 14. 5. 04, New Light of Burma 18.5.04; Irrawaddy 25.5.04

## Haftstrafen statt Todesstrafen

Die wegen Hochverrats im November 2003 verhängten Todesstrafen gegen neun Burmesen wurden nach der Wiederaufnahme der Verfahren fallen gelassen und vom obersten Gericht des Landes in mehrjährige Haftstrafen umgewandelt. Den Angeklagten war vorgeworfen worden, Pläne zu einem Umsturz vorbereitet zu haben. Drei von ihnen sollen Informationen über Zwangsarbeit an die *International Labour Organization* (ILO) weitergegeben haben, sie erhielten jetzt dreijährige Haftstrafen. Die übrigen Todesstrafen wurden in lebenslange Haft umgewandelt. Der Journalist und Herausgeber des Spotmagazins *First Eleven*, Zaw Thet Htwe, muss nun ebenfalls für drei Jahre in Haft. Gegen ihn war wegen Hochverrats Anklage erhoben worden. Anlass der Verhaftung war aber wohl die Tatsache, dass das Magazin über die mögliche Veruntreuung von internationalen Geldern berichtete, die zur Förderung des Fußballs in Burma zur Verfügung gestellt worden waren.

vgl. Burma-Nachrichten 19.5.2004: AFP 15.4.04

## Anschlag auf Botschaft

Am 7. April 2004 setzten drei mit Brandsätzen, Macheten und Äxten bewaffnete Männer die burmesische Botschaft in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur in Brand und zerstörten diese teilweise, nachdem sie vor dem Gebäude politische Forderungen skandiert hatten. Ein Mitarbeiter der ständigen Vertretung wurde verletzt.

Die Polizei konnte die Verdächtigen festnehmen. Dabei handelt es sich um drei Brüder aus Burma, die der muslimischen Gruppe der Rohingya angehören. Nach ersten Angaben suchten diese bereits einen Tag zuvor um die Ausstellung von Dokumenten nach, die ihnen den Status politisch Verfolgter durch die UNHCR in Aussicht gestellt hätten. Diese wurden ihnen durch die Botschaft verweigert. Der Streit hätte sich somit auch an der Frage entzündet, ob die Rohingya Staats-

bürger Burmas seien. Die burmesische Regierung behandelt sie als Ausländer und verweigert ihnen die Ausstellung von Personalausweisen, so der Nachrichtensender Democratic Voice of Burma.

Als Reaktion beschloss das Kriegsministerium in Burma, die Sicherheitsmaßnahmen insbesondere in den Teilen des Arakan-Staates zu verstärken, in denen sich viele Rohingya aufhalten. Unter anderem gibt es verstärkte Personen- und Objektkontrollen und -durchsuchungen, die Anweisung, Verdächtige sofort festzunehmen und zu verhören sowie das Ausreiseverbot von Angehörigen der Gruppe aus dem Arakan-Staat ohne Angabe triftiger Gründe.

vgl. Burma-Nachrichten 22.4.2004: Irrawaddy, 7. 4. 2004; DVB 8. 4. 2004; The Star 20. 4. 2004